

[02/13]

Informationen der
Vereinten
Dienstleistungsgewerkschaft
Fachbereich Bund + Länder

I
N
F
O
R
M
A
T
I
O
N

[Fachgruppe SSK]

[Konversionskonferenz]

Bundesweite Konversionskonferenz in Mainz

Keine Zweiklassengesellschaft bei sozialer Konversion

In Mainz führte die ver.di Bundesfachgruppe Stationierungstreitkräfte (SSK) gemeinsam mit Arbeit und Leben Rheinland-Pfalz die erste bundesweite Konferenz zum Thema Beschäftigungskonversion mit 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durch. Anlass: Die besorgniserregende Beschäftigungsentwicklung bei den Gaststreitkräften. Allein in Rheinland-



Pfalz gingen seit den 80er Jahren 16.000 Arbeitsplätze verloren und der Personalabbau ist noch lange nicht zu Ende, wie die Sparbeschlüsse in den Entsendestaaten zeigen.

Eine Vielzahl an Arbeitsplätzen wird abgebaut und steht dauerhaft dem Arbeitsmarkt nicht mehr zur Verfügung. Die Dienststellen sind häufig im strukturschwachen Raum angesiedelt und die Folgen für die betroffenen Menschen wie auch für die ganze Region sind

bedrohlich. Durch das NATO Truppenstatut sind die Rechte der ArbeitnehmerInnen und deren Vertretungen sehr eingeschränkt. Anders als in der Privatwirtschaft ist die Forderung und Durchsetzung eines Sozialplanes nicht möglich.

Gegenüber der städtebaulichen, wirtschaftsförderungs- und wohnungsbaupolitischen Konversion spielt die Beschäftigungskonversion häufig nur eine untergeordnete Rolle. Dabei entscheidet die Perspektive der vom Truppenabzug betroffenen Zivilbeschäftigten und ihrer Familien mit darüber, ob und wie in der Region die Konversion positiv gestaltet und als Chance genutzt werden kann. Standortaufgaben bedeuten für die betroffenen Regionen sowohl wirtschafts- als auch arbeitsmarktpolitisch eine besondere Herausforderung, die eine Beteiligung aller betroffenen Akteure und entsprechende politische Unterstützung erfordert (z. B. Konversionskabinett Rheinland-Pfalz).

Eröffnet wurde die Konferenz im Schatten des Mainzer Doms von Alexander Brehm, Vorsitzender der Bundesfachgruppe SSK und Ute Rosenfelder von Arbeit & Leben sowie Paul-Christian Koch vom Landesbezirk Rheinland Pfalz.



Bund + Länder

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft



Alexander Brehm



Ute Rosenfelder



Paul-Christian Koch

Er konnte u. a. Gustav Herzog, MDB begrüßen. Der Abgeordnete für Kaiserslautern, der im Bundestag den Arbeitskreis der vom Truppenabzug betroffenen Wahlkreise unterstrich die prekäre Situation. Achim Meerkamp vom ver.di Bundesvorstand referierte zum Thema ABZUG zukunftsorientiert GESTALTEN und der Oberbürgermeister der Stadt Zweibrücken Kurt Pirmann stellte das Konversionsmodell Flughafen Zweibrücken vor.



Gustav Herzog



Achim Meerkamp



Kurt Pirmann

Am Nachmittag berichtete Thomas Warth, ver.di Bundesfachgruppe und langjähriger Betreuungssekretär am Schwerpunkt Westpfalz seine Erfahrungen aus zwanzig Jahren Konversion in Rheinland Pfalz.



Die Vertreter der großen Hauptbetriebsvertretungen Helmut Pemsel, HBV USAREUR (US Army), Klaus Niehaus, HBV HQ BFG (Briten) und Thomas Meschkat, HBV USAFE (Airforce) stellten die derzeitige Situation eindringlich dar und berichteten aus ihrer täglichen Arbeit bei den Streitkräften.

ver.di werde als Interessenvertretung der betroffenen Beschäftigten aktiv, um gemeinsam mit anderen Akteuren in der Region die Konversion positiv mit zu gestalten (z. B. ver.di-Gemeinschaftsprojekt zum Truppenabzug der britischen Streitkräfte in Niedersachsen und NRW)

Zum Abschluss der Konferenz zog Michael Peters, ver.di Fachgruppenleiter SSK in Berlin das Fazit aus vielen Diskussionsbeiträgen und formulierte folgende Forderungen auf:

1. Es müssen in allen Bundesländern auf allen Ebenen die politisch verantwortlichen aufgefordert werden soziale Konversion zu unterstützen.
2. Alle Zivilbeschäftigten brauchen frühzeitige Qualifizierungen vor Aussprache der Beendigungskündigung. Hier darf es keine Zweiklassengesellschaft geben.

Impressum:
 Eine Veröffentlichung der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di,
 FB 6, Bundesfachgruppe Bundeswehr, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin.
 Verantwortlich: Achim Meerkamp, Bearbeitung: Michael Peters

3. Dabei geht es um: Profiling, Qualifizierung, Zertifizierung bzw. Formalisierung von im Berufsleben erworbenen Fähigkeiten, Entwickeln einer beruflichen Perspektive, Vermitteln auf freie Stellen bei SSK und im öffentlichen Dienst.
4. Tarifvertraglich vereinbarte Transfergesellschaften für ALLE



Michael Peters



Jens, Tobias, Elena, Renate

ver.di werde sich für die tarifvertragliche Absicherung des Instruments der Beschäftigten und Qualifizierungsgesellschaften (BQG) einsetzen, die Beschäftigungsgesellschaften sollen dabei zukünftig so früh wie möglich tätig werden können, um eine zügige und zielgerichtete Vermittlung zu ermöglichen.

Michael Peters bedankte sich zum Schluss bei allen HelferInnen die zum Gelingen der Konferenz beigetragen haben und schloss die Konversionskonferenz.

Bericht: Jürgen Dehnert/Michael Peters

Bilder: Rüdiger Mosler

www.stationierungstreitkräfte.verdi.de



Beitrittserklärung

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

Ich möchte Mitglied werden ab:

Monat/Jahr _____

Persönliche Daten:

Name _____

Vorname/Titel _____

Straße/Hausnr. _____

PLZ _____ Wohnort _____

Geburtsdatum _____

Telefon _____

E-Mail _____

Staatsangehörigkeit _____

Geschlecht weiblich männlich

Beschäftigungsdaten

Arbeiter/in Angestellte/r

Beamter/in DO-Angestellte/r

Selbstständige/r freie/r Mitarbeiter/in

Vollzeit

Teilzeit _____ Anzahl Wochenstd.

Erwerbslos

Wehr-/Zivildienst bis _____

Azubi-Volontär/in-Referendar/in bis _____

Schüler/in-Student/in bis (ohne Arbeitseinkommen) _____

Praktikant/in bis _____

Altersteilzeit bis _____

Sonstiges _____

Bin/war beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale) _____

Straße/Hausnummer im Betrieb _____

PLZ _____ Ort _____

Personalnummer im Betrieb _____

Branche _____

ausgeübte Tätigkeit _____

ich bin Meister/in-Techniker/in-Ingenieur/in

Ich war Mitglied der Gewerkschaft: _____

von: _____ bis: _____
 Monat/Jahr Monat/Jahr

Einzugsermächtigung:

Ich bevollmächtige die ver.di, den satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftinzugsverfahren

zur Monatsmitte zum Monatsende

monatlich halbjährlich

vierteljährlich jährlich

oder im Lohn-/Gehaltsabzugsverfahren* monatlich bei meinem Arbeitgeber einzuziehen. *(nur möglich in ausgewählten Unternehmen)

Name des Geldinstituts/Filiale (Ort) _____

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____

Name Kontoinhaber/in (Bitte in Druckbuchstaben) _____

Datum/Unterschrift Kontoinhaber/in _____

Tarifvertrag _____

Tariff. Lohn- oder Gehaltsgruppe bzw. Besoldungsgruppe _____

Tätigkeits-/Berufsjahr, Lebensalterstufe _____

regelmäßiger monatlicher Bruttoverdienst _____

Euro _____

Monatsbeitrag: Euro _____

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1% des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes. Für Rentner/innen, Pensionär/innen, Vorruheständler/innen, Krankengeldbezieher/innen und Erwerbslose beträgt der Monatsbeitrag 0,5% des regelmäßigen Bruttoeinkommens. Der Mindestbeitrag beträgt € 2,50 monatlich. Für Hausfrauen/Hausmänner, Schüler/innen, Studierende, Wehr-, Zivildienstleistende, Erziehungsgeldempfänger/innen und Sozialhilfeempfänger/innen beträgt der Beitrag € 2,50 monatlich. Jedem Mitglied steht es frei, höhere Beiträge zu zahlen.

Datenschutz

Ich erkläre mich gemäß § 4a Abs. 1 und 3 BDSG einverstanden, dass meine mein Beschäftigungs- und Mitgliedschaftsverhältnis betreffenden Daten, deren Änderungen und Ergänzungen, im Rahmen der Zweckbestimmung meiner Gewerkschaftsmemberschaft und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.

Datum/Unterschrift _____

Werber/in:

Name _____

Vorname _____

Telefon _____

Mitgliedsnummer _____